

## Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

18.07.2023 Drucksache 18/30162

## **Beschluss**

## des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Jochen Kohler, Hans Ritt, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Martin Wagle CSU

Drs. 18/28610, 18/29849

## Turbo für die Verkehrswende auf der Schiene jetzt zünden!

Der Landtag stellt fest, dass zur Erreichung der ambitionierten Klimaschutzziele auf Bundes- und Landesebene weiterhin große Anstrengungen auch im Mobilitätsbereich notwendig sind. Während einerseits Bürgerinnen und Bürger sowie private Unternehmen durch ständig verschärfte Vorgaben zu Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Einsparungen seitens Bund und EU massiv unter kurzfristigen Handlungsdruck gesetzt werden, sind andererseits die seitens der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen im eigenen, unmittelbaren Zuständigkeitsbereich – insbesondere im Bereich des Schienenverkehrs – völlig unzureichend und werden sogar noch zunehmend weiter aufgeweicht. Dies ist aus bayerischer Sicht nicht hinnehmbar. Der Bund muss hier seinen Beitrag leisten und kann die Last nicht einseitig auf private Haushalte, Unternehmen sowie Länder und Kommunen abladen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund weiterhin dafür einzusetzen, dass dieser seiner per Grundgesetz und verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung gegebenen Aufgabe bei der Schieneninfrastruktur sowie dem Schienenpersonenfernverkehr und -güterverkehr zur Gestaltung der Mobilität hin zu einer flächendeckend verfügbaren, bezahlbaren und klimaneutralen Mobilität angemessen nachkommt. Hierzu sind insbesondere folgende vollständig durch den Bund zu finanzierenden Maßnahmen notwendig:

- unverzügliches Ergreifen aller notwendigen Maßnahmen, um den im Jahr 2020 verabschiedeten Stand der Maßnahmen des sog. Deutschlandtaktes bis zum ursprünglichen Planungsziel im Jahr 2030 flächendeckend zu realisieren
- Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission, welche den Maßnahmenkatalog des Deutschlandtaktes unter enger Einbindung der Bundesländer regelmäßig fortentwickelt und diese mit verbindlichen Umsetzungskonzepten inklusive Zeit- und Kostenplänen hinterlegt

- ausreichende Finanzierung des Elektrifizierungsprogramms, damit alle sog. Diesellöcher im bundeseigenen Schienennetz zeitnah und nicht wie vom Bund beabsichtigt erst 2050 beseitigt werden
- sofortige Umsetzung der Empfehlungen der "Beschleunigungskommission Schiene", insbesondere Befreiung der Elektrifizierungsprojekte von der Pflicht zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit mittels einer Nutzen-Kosten-Untersuchung
- Sofortprogramm zur Beseitigung aller sog. Langsamfahrstellen im bundeseigenen Schienennetz in Verbindung mit einer Intensivierung der laufenden Instandhaltungsmaßnahmen, um zukünftig derartige Engstellen im Schienennetz vorausschauend zu vermeiden
- Sofortprogramm zur Instandsetzung und zum Ausbau stillgelegter oder ungenügend nutzbarer bundeseigener Schienenabschnitte, wenn die betroffenen SPNV-Aufgabenträger unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit sowie der Abwägung aller sonstigen Gesichtspunkte verbindlich zusichern, auf diesen Regionalverkehr zu bestellen
- Vorlage eines verbindlichen Umsetzungsprogramms inklusive Zeit- und Kostenplänen für die flächendeckende Digitalisierung des Schienennetzes, insbesondere zur Einführung von ETCS (= European Train Control System) inklusive der dafür notwendigen Fahrzeugförderung bis spätestens Ende 2024, um die Transportkapazitäten im Bestandsnetz zu steigern, die Zuverlässigkeit und Sicherheit zu erhöhen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident